

# Unterdrückung wird unterstützt : das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen bedroht die Völkerverständigung

Autor(en): **Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142162>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

einem Kap Verdianer und einem Mitglied der Militärpolizei Kämpfe aus, die sich im ganzen Stadtgebiet auf Bevölkerung und Unterdrückungskräfte ausbreiteten. Die Kolonialherren, die vom 21.-26. September den Belagerungszustand erklärten, nahmen viele Verhaftungen vor und konfiszierten aus den Läden alles, was irgendwie als Waffe gebraucht werden könnte. Der Gouverneur drohte am Radio mit scharfen Zwangsmaßnahmen für den Fall 'weiterer Verstöße gegen Ruhe und Ordnung'.

Angesichts dieser Situation, die zu tragischen Ereignissen führen kann, richten wir

Erstens einen dringenden Appell an die Vereinten Nationen und an alle Staaten, die diplomatische Beziehungen mit Portugal unterhalten, und bitten sie, sofort Sondermaßnahmen zu treffen, um die Lissaboner Regierung dazu zu bringen, jede internationale Hilfe anzunehmen, die Tausende von Menschen auf den Kap Verdischen Inseln vor dem Verhungern bewahren kann.

Zweitens: Indem wir auf dem unantastbaren Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bestehen, wie auf dem Recht alle Gebiete unseres nationalen Territoriums vom kolonialen Joch zu befreien — möchten wir vor aller Welt erklären, daß die Portugiesische Regierung allein die Verantwortung für die verbrecherische Politik zu tragen hat, die zu einem neuen Kolonialkrieg in Afrika führen wird.»

Red.

**Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika:**

## Unterdrückung wird unterstützt

Das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen  
bedroht die Völkerverständigung

Bönnigheim (bei Frankfurt) (dt). Von Bönnigheim aus sind seit einiger Zeit im Blick auf Südafrika einige Initiativen im kirchlichen und politischen Raum unternommen worden, die eine teilweise recht heftige Auseinandersetzung weit über Bönnigheim hinaus ausgelöst haben. Das hängt zusammen mit den Erfahrungen von Pfarrer Schmidt, die er während seines fünfjährigen Dienstes in Bantu- und Mischlingsgemeinden Südafrikas gesammelt hat, zu dem ihn die Kirchenleitung und die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Württemberg freigestellt hatte.

Pfarrer Schmidt gehört zu dem «Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika», zu dem sich einst in Süd- oder Südwestafrika tätige kirchliche Mitarbeiter zusammengeschlossen haben, um gewisse Anliegen in Kirche und Öffentlichkeit besser zu Gehör zu bringen. Dieser Arbeitskreis tagte am 1. und 2. November in Bönnigheim, wobei er auch hohen Besuch aus

Südafrika durch den einstigen Bischof und jetzigen Direktor des Christlichen Instituts in Johannesburg, Dr. Beyers Naudé, erhielt.

Der Mainzer Arbeitskreis beschäftigte sich auch mit dem deutsch-südafrikanischen Kulturabkommen, auf dem zu einem großen Teil die Propaganda der südafrikanischen Regierung in der Bundesrepublik basiert und das zum Beispiel unseren Schulen und Pfarrämtern die prächtig aufgemachte Zeitschrift «Südafrikanisches Panorama» beschert. Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika hat dazu (unter der Überschrift «Deutschsüdafrikanisches Kulturabkommen bedroht Völkerverständigung») folgenden Beschluß gefaßt:

«Am 11. Juni 1962 wurde in Kapstadt ein 'Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika' unterzeichnet, das am 25. Dezember 1963 in Kraft trat (Bundesgesetzblatt 1964, Nr. 1, S. 13-17). Nach dem für Südafrika epochemachenden Massaker von Sharpeville am 21. März 1960 (167 Bantus wurden getötet, 180 verletzt), sah sich die südafrikanische Regierung genötigt, der zunehmend gegen die südafrikanische Rassenpolitik eingenommenen Weltmeinung durch aktive Öffentlichkeitsarbeit entgegenzutreten. Diesem Bemühen der südafrikanischen Regierung kam die damalige Bundesregierung durch den Abschluß des genannten Kulturabkommens entgegen.

Mit diesem Kulturabkommen wurde der südafrikanischen Regierung die vertragliche Grundlage gegeben für die einseitige und die deutsche Öffentlichkeit irreführende, umfassende Propagandatätigkeit der südafrikanischen Regierung und ihrer Botschaft in Köln. Das Ausmaß dieser Einflußnahme auf die Meinungsbildung in der Bundesrepublik auf direktem oder indirektem Weg durch Publikationen wie das 'Südafrikanische Panorama', 'Journal Südafrika', 'Hintergrund Südafrika' usw. sowie durch die Presse, die deutsch-südafrikanischen Gesellschaften, die deutsch-südafrikanische Handelskammer, den deutsch-südafrikanischen Reisedienst und vieles andere ist beträchtlich. Verschiedene Gruppen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik haben sich schon für eine Kündigung dieses Kulturabkommens bei der Bundesregierung eingesetzt — bis jetzt aber ohne nennenswerten Erfolg.

Der 'Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA)', ein Kreis kirchlicher Mitarbeiter, die in Süd- und Südwestafrika tätig waren, ist der Überzeugung, daß dieses deutsch-südafrikanische Kulturabkommen, das eigentlich der Völkerverständigung dienen sollte, die Völkerverständigung ernsthaft bedroht,

- weil Südafrika ein Testfall ist für das Verhältnis der weißen Industrienationen zu den armen, einst 'kolonialisierten' Völkern;
- weil nichtweiße Südafrikaner, vor allem solche, die die Politik der Apartheid oder der getrennten Entwicklung ablehnen, keinen Nutzen

- von diesem Kulturabkommen haben;
- weil deren Bevormundung, Unterdrückung, weitere Ausbeutung und Entrechtung durch dieses Kulturabkommen entgegen entsprechender UN-Beschlüsse und entgegen Artikel 3,3 unseres Grundgesetzes propagandistisch unterstützt wird.

Da deutsche Kirchen und Missionare von Anfang an, seit 1737, an der Missionsarbeit unter der nichtweißen Bevölkerung Südafrikas maßgeblich beteiligt waren, kann dies Kulturabkommen von der evangelischen Kirche und Christenheit in Deutschland nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Darum bittet der 'Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika' den Rat und die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland,

1. bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und die Kündigung dieses deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens in seiner jetzigen Form zu fordern;

2. Geldmittel für die Öffentlichkeit des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) bereitzustellen, damit die Gemeinden und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik auf die Gefahren der mit dem genannten Kulturabkommen zusammenhängenden einseitigen Propaganda und deren Folgen aufmerksam gemacht werden. Bei dieser Öffentlichkeitsarbeit sollten auch Stimmen und Erklärungen nichtweißer Südafrikaner einschließlich des lange Zeit durch den Friedensnobelpreisträger Albert Luthuli geleiteten African National Congress, zu Gehör gebracht werden.

«Bönnigheimer Zeitung», 17. Nov. 1972

## „Amnesty“ startet internationale Kampagne zur Abschaffung der Folter

Eine internationale Kampagne zur Abschaffung der Folter hat «Amnesty International» gestartet. In der Bundesrepublik wurde die Aktion am 10. Dezember von der Gründerin der Deutschen Sektion von «Amnesty International», der Publizistin Carola Stern, in der Akademie der Künste in West-Berlin eröffnet. Bei dieser Gelegenheit wurde Carola Stern die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Liga für Menschenrechte verliehen.

Höhepunkt der Kampagne ist eine internationale Konferenz über Folterungen, die im Dezember 1973 in Paris stattfindet. Ärzte, Psychologen, Juristen und Polizei werden aufgerufen, sich von Foltermaßnahmen zu distanzieren und sich für eine humane Behandlung aller Gefangenen einzusetzen. In einem Aufruf zur Eröffnung der Aktion erklärte